



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

v. Falkenhausen: Bürokraten-Briefe. VIII. Arbeiten und nicht verzweifeln!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

jeden Zusammenhang zwischen Kriegsausbruch und französischen Revanchehoffnungen bestreitet, damit ein bußfertiges Deutschland das „Wiedergutmachungs“-Problem mit französischen Augen sehe. Zu einem Zeitpunkte veröffentlicht, da die Entscheidung über die Milliardenlast, unter der das deutsche Volk Jahrzehnte hindurch seufzen und darben soll, im Werden ist, erscheint jene Anklage um so mehr als eine Verfündigung an lebenswichtigen Interessen Deutschlands, je grundloser sie nach den früheren, unbeeinflussten Urteilen der „Voss. Ztg.“ ist.

Erhoben aber wird die grundlose Anklage gegen das eigene Vaterland im Rahmen eines Aufsatzes, der erklärtermaßen der Verständigung Deutschlands mit Frankreich dienen will. Es muß deshalb ausgesprochen werden, daß eine Verständigungspolitik solchen Schlages nicht nur des nationalen Taktes und der nationalen Würde ermangelt, deutsche lebenswichtige Interessen nicht nur im Punkte der „Wiedergutmachungs“-Frage verletzt, sondern auch die deutsch-französische Verständigung im allgemeinen gefährdet. Denn ein Deutscher, der unter gleichzeitiger Anschuldigung Deutschlands die französische Revanchelüsterheit verkleinert, erneuert und steigert den Deutschenhaß der französischen Massen, weil diese so sich erst recht als das friedfertige Opfer eines deutschen Aberfalls fühlen werden. Eine Massengestinnung dieser Art ist aber die festeste Stütze der imperialistischen Staatsmänner Frankreichs, von denen nach bitteren, jedoch keinen Geschichtskundigen überraschenden Erfahrungen der letzten zwei Jahre befürchtet werden muß, daß sie im Geiste des oben (S. 93) wiedergegebenen „Matin“-Geständnisses das Ziel der Vernichtung Deutschlands als durch den Frieden von Versailles nur halb erreicht ansehen. Werden diese französischen Imperialisten gewahr, wie gern man in Deutschland nach der Lockpfeife ihrer Landsleute tanzt, dann müßten sie ihre Natur verleugnen, wenn sie es unterließen, mit dieser deutschen Selbstentäußerung den französischen Größenwahn und die französische Herrschsucht zu mästen. Darum wird eine wahrhafte deutsch-französische Verständigung durch die Französelei der „Voss. Ztg.“ gefährdet, nicht gefördert.

Berlin, Oktober 1920.



Bürokraten-Briefe*)

Von Unterstaatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhausen

VIII. Arbeiten und nicht verzweifeln!

Sie fragen mit Recht, wo das alles hinaus will. Wenn ich unseren Meinungsaustausch überdenke, muß ich zugeben, daß die Kritik sich darin auf Kosten fruchtbarer Zukunftspläne allzu breit macht. Halten Sie's meiner Verzweiflung über das Elend unserer Lage zugute und über die Verblendung derer, die den Weg in den Abgrund

*) Nachstehende „Bürokraten-Briefe“ des bekannten Verfassers stammen aus dem Winter 1919/20. Siehe auch „Grenzboten“ 1920, Heft 44/45, 46, 47/48, 49, 50/51 und 1921, Heft 1, 2/3.

immer noch weiter verfolgen und die sich mit gewaltfame[m] Selbstbetrug[e] eine Hoffnung vortäuschen auf den „Geist des neuen Deutschlands“ — als ob diese kläglichste und platteste aller Revolutionen, die nichts vermocht hat, als dem nachbismarckschen Raifertum, dem die würgende Hand der Weltmächte schon fast die Kehle zugeschnürt hatte, den Eselstritt zu geben, die, bar jedes eigenen Gedankens, sogar ihre trivialen Formeln stumpfsinnig dem halbasiatischen Nachbar entlehnen mußte, als ob die Umwälzung von 1918 überhaupt etwas wie Geist hervorzubringen imstande wäre!

Immerhin hätte ich geglaubt, Sie kennen mich zu gut, um mir eine Politik der Verzweiflung zuzutrauen, um hinter dem Rufe zu nationaler Besinnung und Einigung den Gedanken an alsbaldigen Rachekrieg zu wittern und aus meinem Sänderingen über die gegenwärtige demokratisch-sozialistische Führung auf die Absicht ihrer gewaltfamen Beseitigung zu schließen. Sie kennen doch meine, mehr als einmal öffentlich ausgesprochene Ansicht, daß der Sturz der jetzigen Regierung der größte Fehler wäre, den die Rechte begehen könnte, ja, daß sie selbst die Teilnahme an der Regierung, wenn sie ihr heut angeboten würde, unbedingt ablehnen müßte, weil sie sich, wie jetzt die Dinge liegen, unmöglich halten könnte und ihr Mißerfolg den Weg zur Besserung auf unabsehbare Zeit hinaus verbauen müßte. Für einen Revanchekrieg aber fehlen, Gott sei's geklagt, nicht weniger als sämtliche Vorbedingungen. Deutschland ist wehrlos. In seiner Wehrlosigkeit ist es nicht einmal bündnisfähig. Dabei ist der einzige Bundesgenosse, der in Frage kommt, von der Art, daß seine Freundesumarmung tödlicher wirkt, als die Waffen aller Feinde zusammen genommen.

In der Tat: wenn man sich unsere Lage vergegenwärtigt, muß man sich immer wieder mit Gewalt gegen die Mutlosigkeit wehren, die uns verleiten will, mit fatalistischer Ergebung das Ende abzuwarten, weil jeder Versuch zur Rettung aussichtslos erscheint. Was nützt die Heilung der Operationswunde einem Kranken, der zugleich an Schwindsucht, Blutvergiftung, Gehirnerweichung und einem halben Duzend anderer tödlicher Krankheiten dahinsiecht? Und doch heißt es: arbeiten und nicht verzweifeln! „Wenn man unsere Ausichten nach rationalen Gesichtspunkten beurteilen wollte“ — so hörte ich neulich einen verehrungswürdigen Senior Ihrer Wissenschaft sagen —, „dann müßten wir alle Hoffnung aufgeben. Aber“, fuhr er fort, und der Ton seherischer Zuversicht in seiner Stimme hat mich tief ergriffen — „die Weltgeschichte ist nicht rational! Sie hat hundert Möglichkeiten, die Fahrtrichtung, die jetzt unverrückbar bestimmt scheint, nach der entgegengesetzten Seite zu wenden.“ Auch so betrachtet, bleibt unsere Lage jammervoll genug. Wir können kaum etwas dazu tun, um im Äußeren einen Umschwung herbeizuführen, der unsere Rettung ermöglicht. Wir müssen abwarten, ob sich die Vorsehung selbst zu unseren Gunsten bemühen wird. Hält sie es nicht für der Mühe wert, so bleibt uns nur übrig, eine tiefe Grube zu schaufeln und eine Grabinschrift zu ersinnen, die kommende Geschlechter warnend an das von selbstmörderischer Hand gefallene deutsche Volk erinnert.

Für den Fall aber, daß unser Ende noch nicht beschlossen sein sollte, daß unserem Volke noch einmal der Weg zum Leben und zum Lichte gezeigt werden wird — für die Stunde heißt es sich bereit machen! Findet sie uns unvorbereitet, dann ist es endgültig mit uns vorbei. Wer sich selbst nicht hilft, dem kann kein Gott helfen. Auch die glücklichste Wendung der Weltlage, die uns ein gütiges

Geschick bescheren kann, nützt uns nichts, wenn wir sie nicht zu nützen wissen. Dazu gehört vor allem der Wille, wieder eine Nation zu bilden — deshalb mein Eifern für den nationalen Gedanken. Zum anderen aber müssen wir uns, um im gegebenen Augenblick handelnd auftreten zu können, wieder zu einem Staatswesen festigen, das diesen Namen verdient. Darum meine Verzweiflung über die Art, wie jetzt bei uns regiert wird. Ist es Übertreibung, wenn man sie eine systematische Auflösung des Staats- und Wirtschaftskörpers nennt? Nehmen Sie, welches Feld Sie wollen, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in der Wirtschaftspolitik, im Finanzwesen, in der Staatsverwaltung, überall finden Sie das gleiche Bild: statt Wiederaufbau auf den Trümmern, die uns Krieg und Revolution von unserer früheren Habe gelassen haben, Verschleuderung auch dieses traurigen Restes, eine Verschleuderung, die man mutwillig zu nennen versucht wäre, wenn sie sich nicht allwege als hemmitleidenswerte Hilflosigkeit enthüllte.

Statt Erhöhung von Produktion und Arbeitsleistung erleben wir Arbeitslosenfürsorge, Begrenzung der Arbeitszeit, Duldung des Streikerrors, Schutz — nicht der Arbeitswilligen, sondern der Streikheker gegen die rechtmäßige Selbsthilfe der Arbeitgeber, Lähmung des Unternehmungsgeistes durch die Fesseln und Daumenschrauben des Betriebsrätegesetzes, durch das Damoklesschwert der drohenden Sozialisierung, durch konfiskatorische Steuergesetze.

Als Mittel zur Hebung der Valuta wird — bei ständiger Zunahme der Einfuhr von Schokolade, Zigaretten und dergleichen nützlicher Artikel — die Verschleuderung unentbehrlichster Bedarfsgegenstände, selbst des Grund und Bodens im Vaterlande, an Ausländer, kurz ein wahrer Bankerottverkauf des deutschen Volksvermögens vom Reichswirtschaftsminister freudig begrüßt. Zur Sicherung der Volksernährung weiß man keinen Rat als krampfhaftes Festhalten an der völlig zusammengebrochenen Zwangswirtschaft, deren draconische Vorschriften längst zum Kinderpott geworden sind, aber als Fesseln und Fußangeln für die Landwirtschaft und den ehrlichen Handel bestehen bleiben, während sie die Bevölkerung nötigen, die unentbehrlichen Lebensmittel im Schleichhandel mit Wucherpreisen zu bezahlen. Die zwingend gebotene Sparsamkeit zeigt sich in Milliardenausgaben zur Verbilligung der im Auslande zu unererschwinglichen Preisen aufgekauften Nahrungsmittel — während deutsches Getreide ins Ausland verschoben wird —, in Schaffung immer neuer Behörden und Beamtenstellen, ja, in der Einrichtung von Sinekuren für politische Parteigänger — wie soll man es anders nennen, wenn parlamentarischen Ministern außer den mit der Erledigung der Geschäfte befaßten wirklichen noch parlamentarische Unterstaatssekretäre beigegeben werden, wenn gar der Entwurf der neuen preussischen Kreisordnung von vornherein einen sachmännisch gebildeten Vertreter des Landrats vorzieht, für den Fall, daß diesem selbst die Vorbildung fehlt?

Zur Sanierung der Finanzen muß — die Notenpresse herhalten. Sie liefert allmonatlich neue Milliarden Papiergeld, das sie eben dadurch immer weiter entwertet, und führt so durch Verteuerung der Lebenshaltung und Steigerung der Löhne zu weiterer Erhöhung der Staatsausgaben, die — eine Schraube ohne Ende — wiederum durch vermehrte Herstellung papierner Zahlungsmittel gedeckt werden. Um in diesen Bankrott der Staatsfinanzen auch den Rest des Volksvermögens hineinzuziehen und den Feinden den Zugriff zu erleichtern, soll dem deutschen Wirtschaftskörper das lebensnotwendige Blut durch die von Herrn Erz-

berger abseits aller wirtschaftspolitischen und finanzwissenschaftlichen Erwägungen brutal und gedankenlos auf das große Einmaleins aufgebauten Steuerpläne — richtiger Brandschätzungen — abgezapft werden, die durch die Maßlosigkeit ihrer konfiskatorischen, Hinterziehung und Kapitalsflucht geradezu herausfordernden Abgabensätze zu einem Raubzuge gegen die außergewöhnlich Ehrlichen und, soweit sie sich überhaupt durchführen lassen, zum Schlachtmesser für die Henne werden, die künftig die goldenen Eier legen soll.

Nicht genug mit der Zerschlagung des Heeres, muß auch die Beamtenenschaft durch politischen Mißbrauch und Züchtung des Dilettantentums zersetzt, durch Schauspiele wie den Prozeß des bis zum Augenblick seiner moralischen Hinrichtung auf seinem Ministerfessel geduldeten Reichsministers Erzberger demoralisiert, die Schule durch unerprobte Neuerungen und radikale Experimente gefährdet werden, indes der Kirche, der evangelischen wenigstens, nach Trennung vom Staate die verbriefteste Freiheit vorenthalten wird . . .

Muß ich das Sündenregister noch weiter fortsetzen? Ich denke, Sie erlassen mir die peinvolle Aufgabe. Sehen wir's doch alle und können es mit Händen greifen, was das für ein Weg ist, den die Parteiregierung der herrschenden Mehrheit unter Leitung der Sozialdemokratie uns führt. Sagen Sie nicht, daß dieser Leidensweg uns durch den Zwang der äußeren Verhältnisse unausweichlich vorgeschrieben sei. Gewiß, die Strecke, die wir nach dem Sturz vom Herbst 1918 zu durchschreiten haben, ist steil und dornenvoll, und kein Engel, der uns zu regieren vom Himmel herabkäme, könnte sie in einen Blumenpfad verwandeln. Ist es aber nötig, über jeden Stein zu straucheln und noch neue Hindernisse mutwillig in die Bahn zu wälzen, wie es die jetzige Regierung tut? Was ich Ihnen eben an wenigen, wahllos herausgegriffenen Beispielen vorgeführt habe, sind nicht allein überwindbare, vermeidliche, nein, in der Hauptsache selbstgeschaffene Schwierigkeiten. Möglich ist die Gesundung; nur unter dieser Regierung erhoffen wir sie vergebens; nur unter der Herrschaft der Sozialdemokratie ist sie ausgeschlossen.

Wenden Sie mir nicht ein, daß diese Regierung keine rein sozialistische sei. Ihrem Wesen nach ist sie's.*) Nicht allein, weil die Mehrheitssozialisten im Ministerium die Führung haben, sondern vor allem deshalb, weil sie selbst im Banne der feindlichen Brüder von links, der radikalen Sozialisten, stehen, die jedes Zugeständnis an die Staatsnotwendigkeiten und an die Bedürfnisse der Volkswirtschaft als Verrat der Arbeiterschaft an den Kapitalismus verschreien, ihnen dadurch die Wählermassen abspenstig machen und so, an der empfindlichsten Stelle sie treffend, der Gesamtregierung tatsächlich die Richtung vorschreiben. Fast möchte man wünschen, daß dieser bestimmende Einfluß auch äußerlich in einer rein sozialistischen Zusammensetzung der Regierung in die Erscheinung träte. Dann würde wenigstens die alleinige Verantwortung des Sozialismus für die Richtung unserer Politik außer Zweifel gestellt und ihm die Möglichkeit genommen, sich gelegentlich hinter bürgerlichen Schleppenträgern zu verbergen.

Ob offen oder nicht: tatsächlich regiert bei uns die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie aber, zumal die deutsche, ist nun einmal ihrem Wesen nach regierungsunfähig. Sie ist die geborene Oppositionspartei. Sie steht und fällt

*) Die Briefe sind im Winter 19/20, vor den Neuwahlen, geschrieben.

mit der Opposition. Ihre ganze Denkart, ihr Programm, ihre Schlagworte, ihre Agitation und Kampfweise, ihr inneres und äußeres Wesen ist aus Opposition erwachsen und auf Opposition zugeschnitten. Solange sie in der Opposition stand, schritt sie von Erfolg zu Erfolg. Kann man aber auch Feigen lesen von den Dornen? Läßt sich ein Wolf vor den Pflug spannen? Was mehr als ein Menschenalter lang lediglich dazu gedient hat, das Regieren an allen Enden zu erschweren und zu unterbinden, das kann nicht taugen, wenn es nun gilt, selbst die Zügel zu führen. Weder Auge noch Hand sind dafür geschult. Hinter dem Lenker aber stehen die Schatten früherer Taten und fallen ihm in den Arm und peitschen das Gespann zu immer tollerem Fahrt, bis der Staatswagen im Abgrund zerschellt.

„Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“ Dieser Stoßseufzer mag sich den sozialistischen Zauberlehrlingen, die jetzt regieren sollen, täglich und stündlich auf die Lippen drängen, wenn sie die rote Flut immer höher an den Stufen ihrer neuen Herrlichkeit emporsteigen sehen, Staat und Gesellschaft ersäufend. Auf allen Gebieten hat sich ihre Partei in den langen Oppositionsjahren in unmöglichen Forderungen überboten. Je unerfüllbarer, desto besser! Um so wirksamer wurde den Massen das, was von anderer Seite geboten werden konnte, verkehrt. Daran, daß man sie selbst einmal haßbar machen könnte, hat wohl keiner der versprechungsstrotzenden Volkstribunen ernstlich gedacht. Jetzt wird ihnen die ganze Sammlung der bedenkenlos ausgestellten Wechsel vorgezeigt und Zahlung verlangt bis auf den letzten Heller! Ist es ein Wunder, daß ihre Politik an das verzweifelte Ringen eines Bankrotteurs erinnert?

Wie keck vermaß sich nicht die Sozialdemokratie, uns den Himmel auf Erden zu bringen, reichlich zu leben für jedermann bei mäßiger Arbeit, wenn nur die Arbeiterforderungen erfüllt würden, wenn man ihr die Macht gäbe, das Unternehmertum auszuschalten, dessen Profitgier allein die Einkehr solch paradiesischer Zustände verhindere! Jetzt hat sie die Macht; der Wille der Arbeiter ist oberstes Gesetz; aber vor dem eroberten Paradiese kann es sie selber grauen. Manch einen mag sogar die Ahnung beschleichen, daß sie in dem durch Zwangswirtschaft, Sozialisierung, Betriebsräte, Streiks und dergleichen Drangsalierungen planmäßig abgetöteten Unternehmungsgeiste ihren eigenen Ernährer totgeschlagen haben. Man beklagt den Toten bereits und möchte ihn ins Leben zurückrufen —, was sonst bedeutet der Ruf nach Zwangsmaßnahmen — *sancta simplicitas!* — gegen die „Sabotage des Unternehmertums“? Aber gibt es für die Partei eine Umkehr auf dem Wege, den sie so lange und mit so viel Zungenkraft als Heilsweg gepriesen hat, selbst wenn sie jetzt sieht, daß er in den Sumpf führt? Kann sie es wagen, ihren Anhängern den Verzicht auf die als verhängnisvoll erkannten Errungenschaften anzumuten, die so lange ihre Lockspeise waren und jetzt ihr Triumph sind?

Von Anbeginn war ihr der Streik das heiligste Menschenrecht, ein Streikbrecher das verächtlichste Geschöpf. Jetzt sehen die regierenden Genossen mit Bangen, wie das Streikfieber an Marke des Wirtschaftslebens zehrt. Aber wie sollen sie es dämpfen? Nicht einmal den Streikterror niederzuzwingen gestattet ihnen die Erinnerung an die Zeiten, da sie den Schutz der Arbeitswilligen als Provokation der Arbeiterklasse wütend bekämpften und Streikposten als Kulturträger für unantastbar erklärten. Sie müssen sich darauf beschränken, in mehr oder minder schönen Reden, Artikeln und Maueranschlägen den Segen der Arbeit zu preisen — aber

wer glaubt ihnen, den Streikrechtspropheten und -vorkämpfern von gestern, wem klingt es nicht wie groteske Selbstverhöhung, wenn sie heute von ihren Ministerjesseln herab dekretieren: „Streik ist Verbrechen am Vaterlande“?

Wie soll die Sozialdemokratie ihrem Regiment Autorität verschaffen, sie, deren Beruf es war, alle Autorität zu untergraben? Wie soll sie Ordnung schaffen, nachdem sie so lange planmäßig jede Auflehnung verteidigt, verherrlicht, mit Redensarten, wie Provokation und Lockspizelei, in Schutz genommen hatte? Wie kann sie den Behördenapparat in Gang halten und dem Drängen an die Staatskrippe wehren, zu der sie durch die Forderung der Besetzung aller Ämter durch Wahl, d. h. durch die Gunst der Massen, selbst das Signal gegeben hat? Wie soll sie endlich dem Staate die nötigen Einnahmen schaffen? In tausend und abertausend Parlaments- und Volksversammlungsreden haben ihre Apostel gegen Zölle, Monopole und indirekte Steuern gewettert und alle diese Auflagen als Teufelswerk in Acht und Bann getan. Das heutige Finanzelend läßt wohl manchen von ihnen sehnsüchtig über die Mauer des fruchtbaren Edens blicken, in dem diese ertragreichen Steuergewächse blühen. Umsonst! Sie haben selbst den Cherub mit dem flammenden Schwerte des Prinzips als Hüter vor das Tor gestellt und müssen sich nun auf der fast schon abgegrastn Weide der direkten Steuern, die sie in verbohrtter Kapitalfeindschaft als das allein seligmachende Staatsfutter gepriesen haben, mühsam die letzten Gräser zusammensuchen und mit den Wurzeln ausraufen, ohne Hoffnung, das unermessliche Loch des Defizits zu stopfen, aber gewiß, den Acker der Volkswirtschaft damit zu veröden.

Es ist nicht anders: Natur und Vergangenheit der Sozialdemokratie drängen sie und die von ihr geführte Regierungsmehrheit unweigerlich auf den Weg, den sie jetzt einhertaumelt und der uns zum Abgrund führt. Solange dies Parteidement das deutsche Volk züchtigt, ist an keine Rettung zu denken.

Warum erschrecken Sie, als Sie diese meine Überzeugung schon neulich aus meiner Klage über die Haltung der Regierung in der Streikfrage herauszuhören glaubten? Daß ich nicht an sofortige, womöglich gar an gewaltsame Umwälzung denke, konnten Sie wissen, auch ohne daß ich es Ihnen ausdrücklich sagen mußte. Sind Sie etwa in dem Vorurteil befangen, daß die Herrschaft der jetzigen Richtung überhaupt und auf die Dauer gehalten werden müsse, weil nur eine demokratisch-sozialistische Regierung uns das Wohlwollen der anderen Völker gewinnen und den inneren Frieden gewährleisten könne? Ich bin dieser Auffassung auch auf unserer Seite vielfach begegnet, aber ich habe solche schwachmütige Resignation stets bekämpft und halte Ihre Voraussetzungen für ganz falsch. Von dem Glauben an moralische Greberungen im Auslande durch „freihheitliche“ Einrichtung des eigenen Staatswesens sollten nach den Erfahrungen im Weltkriege selbst die unverbesserlichsten Illusionisten geheilt sein. Hat die Gewalt Herrschaft des Zaren die „Völker der westlichen Freiheit“ gehindert, Arm in Arm mit ihm zum Angriff gegen uns vorzugehen? Hat die Umwandlung des vielgeschmähten kaiserlichen Deutschlands in eine überdemokratische Republik die Feindseligkeit der Gegner auch nur um einen Grad gemindert, ihrem Vergewaltigungswillen irgendeinen Zügel angelegt? Ihr Haß ist nur noch um die Verachtung gewachsen, die uns der Umsturz mit seinen unwürdigen Begleitererscheinungen nicht allein bei ihnen, sondern leider auch in den neutralen Ländern eingetragen hat. Ein Beispiel für die Geringschätzung, mit dem

das Ausland auf unsere Selbstzerfleischung und Selbstbefleckung blickt, mußte ich Ihnen schon neulich anführen, als von Erzbergers Enthüllungen die Rede war. Haben Sie sonst den Eindruck gewonnen, daß die junge deutsche Republik in der Welt mit Achtung oder mit Wohlwollen behandelt werde? Daß bei der ersten Besetzung von Gesandtenposten — einer Besetzung freilich, deren Eigenart selbst im Lager der Regierungsparteien Kopfschütteln erregte — der früher kaum erhörte Erfolg der Ablehnung des Erwählten durch die Regierung, der man ihn zugedacht hatte, gleich in zwei Fällen erzielt wurde, läßt sich nicht eben als günstiges Vorzeichen anführen.

Ich bin überzeugt, eine kräftige Regierung, die sich fähig zeigt, in Deutschland Ordnung zu schaffen und zu halten, würde, gleichviel, welches ihre Parteilstellung, unser Ansehen im Auslande stärken, uns neues Vertrauen gewinnen, unsere Stellung in jeder Hinsicht verbessern. Die neutralen Staaten würden ihr gegenüber, namentlich auch auf finanziellem Gebiete, eher geneigt sein die Zurückhaltung aufzugeben, zu der sie unsere bisherigen, auch für die Nachbarn gefährlichen inneren Wirren jetzt noch nötigen. Selbst bei den Feinden wird eine Regierung, die einer festen und würdigen Haltung fähig ist und zugleich Vertrauen einzufloßen versteht, sich leichter Gehör verschaffen,

Nun werden Sie mir einwerfen, daß Deutschland selbst nicht mehr im Gegensatz gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne. In diesem oft gehörten Lehrsatz steckt als berechtigter Kern der Gedanke, daß keine Regierung sich bei uns wird halten können, welche die Arbeiterschaft geschlossen gegen sich hat. Es ist aber ein Trugschluß, wenn man die Sozialdemokratie, so anmaßlich sie es für sich in Anspruch nimmt, mit der Arbeiterschaft gleichsetzt. Sie wissen, daß es außer ihr, von den unorganisierten Arbeitern ganz abgesehen, eine stattliche Anzahl gibt, die zu Verbänden anderer politischer Richtung zusammengeschlossen sind. Die Macht, über die sie verfügen, ist viel zu wenig bekannt. Weit mehr, als es bisher geschieht, müßte sich das Interesse auf der rechten Seite mit der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, der nationalen Angestelltenvereine und der mit ihnen zum „Deutschen Gewerkschaftsbunde“ zusammengeschlossenen Organisationen beschäftigen. Erregt es doch selbst bei politisch unterrichteten Anhängern unserer Richtung häufig Verwunderung, wenn ihnen die Tatsache mitgeteilt wird, daß dieser deutsche Gewerkschaftsbund fast zwei Millionen Arbeiter und Angestellte als Mitglieder zählt.

Ich verkenne natürlich nicht, daß damit noch lange nicht das dringend erforderliche Gegengewicht gegen die gewaltige Übermacht der sozialistisch gerichteten Arbeiterverbände gegeben ist. Ich muß Ihnen auch zugeben, daß die nicht-sozialistischen Organisationen keineswegs durchweg auf dem von mir versuchten nationalen Standpunkt stehen. Ist es doch der Einfluß der christlichen Gewerkschaften, der das Zentrum in die unnatürliche Ehe mit der Sozialdemokratie getrieben hat. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend! Die Zeit, die Fehler der herrschenden Richtung, die Brutalität der Feinde — alles arbeitet für den nationalen Gedanken. Es kann nicht ausbleiben, daß er auch dem deutschen Michel aufgeht. Schon mehren sich die Anzeichen, daß der Zug nach rechts geht. Diese Bewegung im Flusse zu halten, mit allen Mitteln und aus aller Kraft in rastloser Arbeit zu fördern, namentlich unter Arbeitern und Angestellten die nationale Strömung zu stärken und die christliche Arbeiterschaft für die nationale Sache zu gewinnen: das heißt

nach meiner Überzeugung an der Rettung des Vaterlandes arbeiten! Diese bescheidene Kleinarbeit ist vorderhand alles, was ich zur Heilung der kranken Zeit anzugeben weiß. So hart es uns ankommt, ohnmächtig zusehen zu müssen, wie jeder Tag der heutigen Wirtschaft unermessliche materielle und ideelle Werte kostet — es bleibt uns keine Wahl. Ehe das Volk zur Einsicht kommt, daß es so nicht weitergeht, und daß die Wege, die nach russischem Muster noch weiter links gesucht werden, erst recht ins Verderben führen, ist keine Besserung möglich. Erst wenn es sich zu dem Entschlusse aufrafft, dies Treiben nicht länger zu dulden, wenn es sich zu der Bereitschaft durchgerungen hat, für seine Rettung Opfer zu bringen, und auch auf Errungenschaften der „glorreichen“ Revolution zu verzichten, soweit sie sich als unerträglich für die Gesamtheit erwiesen haben: erst dann ist die Zeit für den Umschwung reif. Gebe der Himmel, daß die Stunde kommt, solange von Deutschland noch etwas zu retten ist.

Und wenn sie kommt, dann bewahre er uns vor öder Reaktion und Restauration, wie sie bisher noch fast jedesmal der klägliche Abschluß zerstörender Revolutionen gewesen sind! Dann gilt es, mit allen Mitteln verhüten, daß gedankenlos und eigennützig das Alte, nur weil es einmal da war, und so, wie es da war, zu einer Art von Leben wiedererweckt wird. Sie wissen, wie ich über das Zeitalter seit Bismarcks Entlassung denke. Wir dürfen nicht zurück in die prahlerische Scheinblüte jener Zeit, in der die Keime unseres heutigen Glends wurzeln. Jamohl! Alles Unheil, das jetzt in die Halme schießt, wurde damals 'gesät. Soviel man aufs Schuldkonto des deutschen Nationalcharakters setzen muß: diese Ausbreitung des Defaitismus, wie ich sie Ihnen neulich zu schildern versuchte, diese stumpfe Widerstandslosigkeit, mit der das deutsche Volk sein Deutsches Reich, die Schöpfung seines Bismarck, über den Haufen werfen ließ, war nicht möglich ohne eine tiefbegründete, allgemeine, unheilbare Verdrossenheit der Regierten über die Art, wie sie regiert wurden. Man hat dies krankhafte Mißbehagen an einer unzweifelhaft tüchtigen und wohlmeinenden Regierung bei unerhörter Blüte äußeren Wohlstandes ein Rätsel genannt. Mir ist dieser Widerwille — die Stimmung, beileibe nicht ihre hemmungslose Auswirkung im politischen Verhalten — nur allzu verständlich, wenn ich an die Tonart denke, in der regiert wurde, und an den kläglichen Widerspruch zwischen Ton und Wesen. Es war ein falscher Ton, und der Ton ist es, der auch hier die Musik macht. Märchen für Unmündige, daß „ein mündiges Volk kein persönliches Regiment erträgt“! Es dürftet danach. Der wahren Autokratie, die herrscht ohne viel Redens davon zu machen, fügt sich willig jedes Volk. Was keiner erträgt, ist die selbtherrliche Geste ohne den Willen und die Kraft zu wirklicher Herrschaft. Das war das Kennzeichen der nachbismarckschen Reichsleitung: Sprache und Gebärde des Absolutismus trug sie zur Schau und ließ sich das Gesetz des Handelns vorschreiben.

Man tut diesem Zeitalter, das gleich mit der Kündigung des russischen Rückversicherungsvertrags einsetzt, kaum Unrecht, wenn man es die Zeit der verpaßten Gelegenheiten, des Zickzackkurjes, der passiven Politik schilt. Aber es ist eine unbeabsichtigte Satire, hier von persönlichem Regiment zu sprechen. Hinter der ängstlich festgehaltenen Maske der Autokratie verbarg sich der verantwortungslose, aber bestimmende Einfluß politischer Parteien. Nicht auf Rechnung des

Obrigkeitsstaates dürfen die Schäden dieser Zeit geschrieben werden. Sind es doch gerade seine Todeszuckungen, die in dem Hin- und Herschwanke der nachbismarckischen Politik erkennbar werden. Der Verzweiflungskampf des Obrigkeitsstaates mit der herandrängenden Demokratie drückt dem ganzen Zeitalter das Gepräge auf. Es war eine kaum unterbrochene Kette trübseliger Kompromisse zwischen beiden, und vereinigte, wie das zu gehen pflegt, in sich die abstoßendsten Eigenschaften beider streitenden Prinzipien. Während auf der einen Seite Byzantinismus und bürokratische Wichtigtuerei sich breit machten, verschaffte auf der anderen der immer rücksichtsloser auftretende Parteiklügel seinen Machtgelüsten mit den übelsten Mitteln Befriedigung. Sie wissen, auf welchem Wege ich schon damals Rettung suchte; Sie kennen die Denkschrift, die ich vor Jahren zur preußischen Wahlrechtsfrage geschrieben habe und in der ich — natürlich ohne Gehör zu finden — gegen die Kalkulator-Idee des Pluralwahlrechts für ein den neuzeitlichen Verhältnissen angepaßtes berufsständisches Wahlrecht kämpfte.

Es scheint mir ein glückliches Zusammentreffen, daß dieser Gedanke, so lange Zeit in der Erinnerung an die mittelalterliche Ständeversammlung als reaktionär verschrieen, in neuester Zeit, nach dem Vorbilde des russischen Sowjetismus, eine Forderung der Allermodernsten geworden ist. Auf die begriffliche Übereinstimmung zwischen dem proletarischen Rätegedanken und der konservativen Idee einer ständischen Vertretung darf man zwar kaum übertriebene Hoffnungen bauen. Die Tendenzen beider sind grundverschieden und widersprechen einander aufs schärfste. Aber es ist schon ein großer Gewinn, daß der unter liberalen Vorurteilen so lange und tief begrabene körperschaftliche Gedanke sich überhaupt wieder hören lassen darf, ohne von vornherein mit Achselzucken abgetan zu werden. Er scheint mir noch immer das einzige Heilmittel gegen das Gift, mit dem Demokratie und Parlamentarismus das öffentliche Leben verfeuchen und zu sachlicher Arbeit untauglich machen: gegen Popularitätsbedürfnis, Wahlangst, Herrschaft des Parteigeistes und der Partiemaschine. Wenn atomisierende Gleichmacherei der allgemeinen Wahlen, die papierne Abstimmung ungestalteter Wählermassen, durch den rettenden, im früheren indirekten Wahlverfahren leider allzu roh und mechanisch verkörperten Gedanken der Auslese durch wiederholte Sichtung abgelöst, d. h. durch das Wahlrecht der Berufsvertretungen und Selbstverwaltungskörper ersetzt oder doch ergänzt wird; wenn die Volksvertretung gebildet oder wenigstens durchsetzt wird von Vertretern dieser Körperschaften, in denen das wirtschaftliche und das Gemeindeleben des Volkes pulsiert, von Männern, die, durch praktische Arbeit im Dienste der Allgemeinheit erzogen, von vornherein eine gewisse Mitgift von Sachlichkeit und Verständnis für die Staatsnotwendigkeiten ins Parlament mitbringen, die ihren Wählern von dieser gemeinsamen Arbeit her vertraut und erprobt, nicht erst aus phrasenreichen und schlagwortgespielten Wahlreden bekannt sind, die darum auch nicht durch die Angst um ihre Wiederwahl unter das Joch einer Partei gezwungen werden und bei jeder Abstimmung vor der Ungnade urteilsloser Wählermassen zittern müssen: Dann sehe ich wieder die Möglichkeit einer Regierung, die sich nicht von Popularitätsrücksichten, sondern von den Forderungen des Gemeinwohls leiten läßt. Dann scheint mir auch die bestmögliche Gewähr für die Verwirklichung des politischen Ideals gegeben zu sein, das Kern und Rechtfertigung des demokratischen Gedankens ausmacht, das der Parlamentaris-

mus stets verheißt, aber nie erfüllt: für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Regierung und Volksvertretung.

Meine Denkschrift schloß mit den Worten: „Das Wahlrecht der öffentlichen Körperschaften ist der Tod des Parlamentarismus in seiner heutigen Gestalt; vielleicht bringt es die Wiedergeburt der Politik.“ Statt der Wiedergeburt kam der Zusammenbruch. Er hat die Mächte, gegen die ich damals den Körperschaftsgedanken zu Hilfe rief, zur unumschränkten Macht geführt. Um so mehr müssen wir auf diese Idee unsere Hoffnung setzen. Ich sage „wir“; denn in diesem Gedanken können wir uns zusammenfinden. Sie riefen selbst einen Nothelfer an, der einer der mächtigsten Vorkämpfer des ständischen Prinzips gewesen ist: Sie riefen nach einem neuen Freiherrn vom Stein. Möge der gute Geist unseres Volkes uns einen Mann seines Schlages senden, wenn es reif ist, ihm zu folgen! Mich werden Sie unter seinem Banner finden.



Die völkischen Minderheiten und die deutsch-polnische Politik

Von Carl Georg Bruhs



Das jetzt hinter uns liegende erste Jahr nach dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages hat gezeigt, daß der Frieden nirgends, und so auch nicht im verlorenen Osten zu einer Befriedigung führen konnte. Hatten schon die Mittelmächte es nicht verstanden, für das polnische Problem einleuchtende sachlich gegebene Lösungen aufzuzeigen, so gilt das in gleichem Maße von dem Lösungsversuche der alliierten und assoziierten Mächte. Aber schon der Lösungsversuch ist eine Realität, die Aufgaben stellt. Für deutsche Betrachtungsweise liegt es nahe, als einzige Aufgabe die Vernichtung dieser wie jeder anderen aus dem Friedensvertrage erwachsenen Realität anzusehen. Einer Klärung der deutsch-polnischen Beziehungen kann man mit solcher Einstellung nicht näher kommen. Ob das Polentum den Beweis seiner staatenbildenden Kraft bereits erbracht hat, mag strittig sein. Der polnische Staat ist ein Geschenk aus fremden Händen, aber es bleibt die geschichtliche Leistung des Polentums, nach dem Geschenk die Hände ausgestreckt und es ergriffen zu haben. Und die nationale Kraft des Polentums, die sich durch 1½ Jahrhunderte nicht brechen ließ, hat durch den Friedensvertrag einen Aufschwung erlebt, der jeden Versuch zur Lösung des polnischen Problems auf alten Wegen ausschließt. Damit wird der Friedensvertrag der Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung der polnischen Frage. Im Kampfe zwischen völkischer und staatlicher Idee hat diesmal